

Freising, den 08.08.2010

An das *Freisinger Tagblatt* und die *Freisinger SZ*

Sehr geehrte Damen und Herren,

zu Ihrer Berichterstattung am 05.08.10 zu den Forderungen der Ambulanten Pflegedienste gibt der SPD-Kreisverband Freising folgende Presseerklärung ab:

In Deutschland werden jeden Tag Hunderttausende Menschen von ambulanten Pflegediensten gepflegt. Alle Menschen in unserem Land sind sich einig, dass die Pflegebedürftigen nicht nur schnell-schnell versorgt werden sollen, sondern auch Zeit für persönliche Zuwendung sein muss. Und alle sind sich einig, dass die Pflegerinnen und Pfleger anständig bezahlt gehören.

Doch die Wirklichkeit sieht anders aus: Zu Recht kritisieren die Träger der ambulanten Pflege und ihre Beschäftigten die sogenannte "Renn-Pflege" mit ihrem Gehetze, ihrem Mangel an Zuwendung, ihrer ausufernden Bürokratie und ihrer indiskutabel niedrigen Bezahlung.

Mehr Zeit, mehr Zuwendung und eine angemessene Bezahlung sind aber nur zu erreichen durch mehr Geld. Mehr Geld für die Pflege bedeutet aber entweder deutlich steigende Beiträge in der Pflegeversicherung oder deutlich höhere Zuschüsse aus Steuermitteln oder sogar beides. Und der Bedarf wird mit der steigenden Zahl pflegebedürftiger Menschen in den kommenden Jahrzehnten enorm zunehmen.

Nachdem das Geld dafür nicht vom Himmel fällt und Beiträge, Steuern und Staatsschulden nicht beliebig in die Höhe getrieben werden können, gibt es letztlich keine Alternative: In der Verwendung der Mittel muss umgeschichtet werden – und das wird unweigerlich zu Verteilungskämpfen führen.

Eine alternde Gesellschaft wie die unsrige muss sich fragen, was wichtiger ist: Milliarden für Abwrackprämien, Agrardiesel und Steinkohle, milliardenschwere Steuergeschenke für Hoteliers, Bergbahnen und Skiliftbetreiber – oder mehr Geld für eine würdige Pflege und eine angemessene Bezahlung der Pflegekräfte.

Alles gleichzeitig geht nicht, denn wir verfügen über keinen Geldscheißer!

Das Thema ist eine Herausforderung für die eigene Standhaftigkeit. Sonst entlarvt sich die breite Zustimmung zu den Forderungen nach mehr Zuwendung und besserer Bezahlung als billige Sonntagsrede. Das gilt für Politiker und Bürger.

Mit freundlichen Grüßen,



Peter Warlimont
SPD-Kreisvorsitzender